

21. III. 1919

Staatskanzler Renner über Beamtenfragen.

Empfang einer Abordnung der Staatsbeamtenvereine.

Eine Abordnung des Zentralverbandes der deutschösterreichischen Staatsbeamtenvereine mit dem Präsidenten Postoberoffizial Bauer feindt an der Spitze, Direktor Gröhlich, Revisor Schmid, Oberverwalter Steinfest, Verwalter Kack, Oberoffizial Deutsch und Kontrollor Kohl sprach vorgestern beim Staatskanzler Dr. Renner vor, um ihm die Forderungen der Staatsbeamtenchaft vorzulegen.

Präsident Bauer feindt sagte: Die gegenwärtig dringendste Frage der Beamtenchaft sei die Forderung nach einer sofortigen Notstandsaktion der Regierung für die Staatsbediensteten. Seit der Fortsetzung der gegenwärtigen Teuerungszulagen seien die Preise neuerlich auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die Lage der Staatsbediensteten treibe daher einer Katastrophe entgegen, die nur durch eine ausgiebig, sofortige Hilfe verhütet werden kann. Diese müsse, da Lebensmittel nicht zur Verfügung stehem, in einer sofortigen geldlichen Zuwendung — unbeschadet des im Mai fälligen Arschaffungsbeitrages — und in einer entsprechenden Erhöhung der Teuerungszulagen bestehen.

Da an eine Wiederkehr der Friedenspreise überhaupt nicht zu denken sei und die Bezahlungsverhältnisse an sich einer durchgreifenden Regelung bedürfen, sohe — führte der Sprecher der Abordnung aus — die Staatsbeamtenchaft auf dem Standpunkt, daß die Teuerungszulagen durch die Bezahlungsregelung zu ersetzen wären. Zu deren Durchführung sei die sofortige Bestellung eines Staatsangestellenausschusses in der Nationalversammlung notwendig. In den in einem Memorandum niedergelegten Leitsätzen für die Beamtenrechte sei auch die bereits wiederholt aufgestellte Forderung nach Umverteilung der in die Gruppen D und E des Zeitvorrückungsschemas eingeteilten Beamtenkategorien in die Gruppe C enthalten. Die Beamtenchaft erwarte die Erfüllung dieser Forderung.

Bezüglich der Frage der Pensionierung überzähliger Bediensteter stehe die Beamtenchaft auf dem Standpunkt, daß zunächst festgestellt werden müsse, wo und wieviel Beamte zu viel seien, und daß zu diesem Zweck erst die wirklichen Grenzen Deutschösterreichs bekannt sein müssen. Vorzunehmende Pensionierungen müßten durch die Zahlung der vollen Bezüge dadurch ermöglicht werden, daß der Pensionenstat von allen Nationalstaaten des alten Österreich übernommen werde.

Staatskanzler Dr. Renner erklärte, daß er die Vollage der Staatsbeamten voll würdige und die Berechtigung der Forderung nach Durchführung einer Notstandsaktion anerkenne, da überdies die nächste Zeit eine weitere Versteuerung der wichtigsten Lebensmittel, wie Mehl, Brot und Zucker, infolge der hohen Auslandspreise bringen werde, trotzdem die Regierung einen Teil dieser Mehrlasten übernehmen werde. Er werde die Forderung dem Kabinettsrat vorlegen und für eine rasche und günstige Erledigung eintreten. Dem Wunsche nach Neubestellung des Staatsangestellenausschusses in der Nationalversammlung zur Regelung der Beamtenrechte und der Bezahlungsverhältnisse werde entsprochen werden und wolle er das bestehende zwischenstaatliche Komitee mit den Vorarbeiten für die Bezahlungsregelung betrauen. Selbstverständlich sei er damit einverstanden, daß die Vertreter der Bediensteten in allen diesen Fragen zur Mitarbeit zugezogen werden.

Bezüglich der Frage der Pensionierungen — schloß der Staatskanzler — stehe die Regierung wegen Übernahme der Lasten bereits in Unterhandlung mit den übrigen Nationalstaaten. Er anerkenne die Richtigkeit des dargelegten Standpunktes der Beamtenchaft, daß eine Schädigung der Bediensteten vermieden werden müsse. Auch diesbezüglich werden vor Neuauflösung der Frage die Vertreter der Bediensteten zugezogen werden.